

**Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet
Halle-Saalkreis mbH & Co. KG
Halle (Saale)**

Lagebericht und Jahresabschluss
für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG, Halle (Saale)

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) vom 22. November 2000 wurde zum Zweck der B-Planung, der Erschließung sowie der Baulandbeschaffung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14" die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG sowie deren Komplementärin, die Verwaltungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH, Halle (Saale), (seit 17. Juli 2002 Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH) gegründet.

Die Gründung der stadteigenen Gesellschaft war ein wichtiger Baustein zur Entwicklung des gemeindeübergreifenden Industriegebietes "An der A 14". Die Stadt beabsichtigte, in Kooperation mit den Nachbargemeinden Peißen, Dölbau, Queis und Reußen in diesem Areal kurzfristig rund 230 ha gewerbliche Bauflächen – zunächst zugeschnitten auf die Bedürfnisse eines neuen Produktionsstandortes für BMW München nebst den anzusiedelnden Zulieferbetrieben – zu entwickeln.

Mit Schreiben vom 5. Juli 2001 teilte die BMW-Group der Stadt Halle mit, dass das Standortangebot Halle leider nicht weiter verfolgt wird. Stadtverwaltung und Stadtrat waren sich generell einig darüber, dass die Aufwendungen für die Erschließung und Baureifmachung nur zu rechtfertigen sind, wenn bei einem negativen Verfahrensergebnis auch eine alternative Verwertung des Industriegebietes an andere Investoren erfolgen kann.

Es war ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, ohne Unterbrechung die Vermarktung des vorbereiteten Industriegebietes an andere Investoren zu betreiben. Um dies in hinreichender Weise zu ermöglichen, war über die erfolgten Aufwendungen hinaus weiterer Aufwand notwendig.

Die Vermarktung des Areals erfolgt unverändert mit der Zielstellung, dieses nur an Investoren zu veräußern, die sich mit Ansiedlungen im Rahmen industrieller Großprojekte bei einem Mindestflächenbedarf von ca. 60 ha bewegen. Diese Restriktion schränkt die Zahl denkbarer Akquisitionsbemühungen von vornherein ein. Strenge Vorselektionsverfahren haben verhindert, dass eine Flächenvermarktung im kleinteiligen Bereich, ohne klaren Branchenfokus und mit niedriger Arbeitsplatzdichte, stattfindet.

Dennoch haben diese Restriktionen dazu geführt, dass die Stadt Halle (Saale) in der Lage war, bei Großprojekten ein wettbewerbsfähiges Standortangebot unterbreiten zu können.

Als konkrete Vermarktungsaktivitäten im Geschäftsjahr, die ausschließlich durch die Wirtschaftsförderung der Stadt Halle (Saale) betrieben wurden, können angeführt werden:

- Ansprache von Unternehmen auf Basis des Vorliegens von Informationen zur Standortsuche: Lexus-Toyota, Hyundai, Dell, Paragon, API Petrochemische Anlagen
- Ansprache von Unternehmen und Investoren zur Hannover Messe, beim Automobilforum Graz, zur Expo Real
- Direktmailing an 15 Unternehmen aus dem Bereich Industrie und verarbeitendes Gewerbe
- Bearbeitung einer konkreten Flächenanfrage für eine Bambus-Fabrik

Trotz intensiver Bemühungen kann ein Vermarktungserfolg zurzeit nicht ausgewiesen werden. Allerdings deutet sich aus einigen Nachfrageaktivitäten zu Beginn des Jahres 2007 eine deutliche Belebung des Interesses am Industriegebiet an.

B. Darstellung der Lage

Die B-Pläne haben in ihrer derzeitigen Fassung Rechtskraft.

Das Umlegungsverfahren ist seit 14. Mai 2004 rechtskräftig. Die neuen Rechtsverhältnisse sind seit März 2005 in die Grundbücher übertragen.

Mit den betroffenen Landwirten, welche die Flächen bereits vor den Eingriffen der Archäologen gepachtet hatten, wurden im Geschäftsjahr 2004 entsprechende temporäre Nutzungsvereinbarungen abgeschlossen und nach Abschluss des Umlegungsverfahrens an die neue Bodenordnung angepasst. Die Grundstücke werden zurzeit weiterhin landwirtschaftlich genutzt. Im Geschäftsjahr 2006 erfolgte vereinbarungsgemäß eine erneute Anpassung der Nutzungsverträge, insbesondere hinsichtlich der Heraufsetzung der Nutzungsgebühren. Nachdem es im Jahr 2005 erhebliche Probleme bei der Beitreibung der vertragsgemäß von den Pächtern der Flächen zu tragenden Grundsteuer B für gewerbliche Flächen gab, beantragte die Gesellschaft im Jahr 2006 bei den zuständigen Finanzämtern die Aufhebung der entsprechenden Einheitswertbescheide und Grundsteuermessbescheide. Dem wurde zum 1. Januar 2006 stattgegeben, was nunmehr zur Folge hat, dass entsprechend der tatsächlichen Nutzung der Flächen eine Grundsteuer A erhoben wird, die entschieden niedriger liegt als die Grundsteuer B und von den Pächtern auch direkt erhoben wird, so dass die Gesellschaft davon nicht mehr tangiert wird. Hieraus ergibt sich eine positive Auswirkung auf das Ergebnis der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2006 erfolgten Beratungen mit der Bahn AG bezüglich des von deren Seite in der Ortslage Peißen geplanten Neubaus des Bahnübergangs. Im Rahmen der B-Planung für das Industriegebiet war im Zusammenhang mit einem damaligen Bahn-Projekt für den Bahnübergang, das dessen grundsätzlichen Neubau an anderer Stelle vorsah, geplant, die so genannte äußere Erschließungsstraße an dieser Stelle und den in diesem Zusammenhang zu gestaltenden Straßenknoten einzubinden. Dies hätte bezüglich der Kostenteilung für diese Lösung erhebliche Vorteile für die Gesellschaft gehabt. Nachdem die Bahn AG nunmehr ihre bisherigen Planungen verworfen hat und den Bahnübergang lediglich und an alter Stätte erneuert, würde ein Verharren auf dem Teilprojekt der B-Planung eine erhebliche Mehrbelastung für die Gesellschaft nach sich ziehen. Wie in vergleichbaren Fällen zuvor war abzuwägen, ob mangels eines zurzeit nachweisbaren Bedarfes/Investors ein Bestehen auf der gültigen B-Planung Ziel führend ist. Mit der Bahn AG konnte zunächst ein Zeitaufschub und die Bereitschaft vereinbart werden, nunmehr von der Gesellschaft in Auftrag zu gebende Alternativbetrachtungen bzw. -planungen nach Vorliegen zu prüfen. Der entsprechende Auftrag an die Fa. Obermeyer Albis-Bauplan ist ausgelöst. Zielstellung ist, sich die Möglichkeit einer zweiten Verkehrseinbindung der äußeren Erschließungsstraße neben der Landstraße nach Queis/zur A 14 zu erhalten und unangemessene Kostenbelastungen von der Gesellschaft fern zu halten.

Im Geschäftsjahr 2006 wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 5.943 ausgewiesen. Dieser Fehlbetrag ist im Ergebnis einer Wertberichtigung auf das unter dem Umlaufvermögen in der Bilanz ausgewiesene Grundstück entstanden. Das reine Betriebsergebnis vor Abschreibungen und Zinsen ist mit einem positiven Saldo in Höhe von TEUR 31 ausgewiesen. Die Wertberichtigung auf den Grundstückswert wurde in Höhe von TEUR 6.000 angesetzt und stellt einen reinen Buchverlust dar, eine Zahlungswirksamkeit ergibt sich daraus nicht.

Die Wertberichtigung ist erforderlich, da sich aus aktuellen Nachfragen potentieller Investoren herauskristallisiert, dass der bisherige Wertansatz von 6,39 EUR/m² bezogen auf die Gesamtfläche von 350 ha, vermarktungsfähig sind davon ca. 230 ha, einschließlich eines noch zu tätigen Erschließungsaufwandes beim Verkauf nicht zu realisieren sein wird.

Die Wertberichtigung führt über den ausgewiesenen Jahresfehlbetrag zu einem gegenüber dem Vorjahr (TEUR 23.486) um TEUR 5.951 geringeren Ausweis des bilanziellen Eigenkapitals (TEUR 17.535).

Das Bankguthaben beträgt zum Stichtag TEUR 1.162.

C. Hinweise auf Risiken der künftigen Entwicklung / sonstige Angaben

Risiken für den überschaubaren Folgezeitraum bestehen insofern, da eine Verwertung der Grundstücke entsprechend den satzungsmäßigen Zielen der Gesellschaft auch im abgeschlossenen Geschäftsjahr nicht mit entsprechenden Erfolgen unterlegt werden konnte.

Es ist kritisch einzuschätzen, inwieweit auf Dauer die alleinige Verpachtung des Industriegebietes zur landwirtschaftlichen Nutzung und obwohl dies, wie in den letzten beiden Geschäftsjahren nachgewiesen, mit positivem Ertrag erfolgt, die Grundlage für den Fortbestand der Gesellschaft darstellen kann.

Das im Besitz der Gesellschaft befindliche Industriegebiet soll auf der Grundlage eines vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigten „Memorandum of Understanding“ einer Landesgesellschaft zur wirtschaftlichen Verwertung übertragen werden. Hintergrund ist, dass das Land Sachsen-Anhalt für die Stadt Halle einer Zahlungsverpflichtung bei einem anderen Beteiligungsunternehmen der Stadt Halle nachkommt. Zur Kompensation soll die Stadt Halle einen relevanten Gegenwert darstellen. Die Verhandlungen sind inzwischen soweit vorangeschritten, dass entsprechend den Empfehlungen der Gesellschaft inzwischen Konsens darüber erzielt wurde, zwecks Erreichung der Zielstellung eine Beteiligung des Landes bzw. der Landesgesellschaft an der Gesellschaft anzustreben. Entsprechende Vertragsentwürfe wurden bis Ende März 2007 soweit verhandelt, deren Umsetzung wurde im Einvernehmen mit der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) bis auf Weiteres ausgesetzt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres stellen die Verhandlungen mit potentiellen Kaufinteressenten für Teilflächen des Industriegebietes und ein sich daraus ergebender Wertberichtigungsbedarf auf die bisher in der Bilanz ausgewiesenen Grundstückswerte dar.

Halle (Saale), den 29. Mai 2007

Dieter Götte
Geschäftsführer
Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft
Halle-Saalkreis mbH

Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG, Halle (Saale)

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006

Bilanz

A K T I V A	31.12.2006		31.12.2005		P A S S I V A	31.12.2006		31.12.2005	
	EUR	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR
UMLAUFVERMÖGEN					A. EIGENKAPITAL				
I. Vorräte					I. Kapitalanteil				
1. Grundstücke	16.374.276,08		22.192.231,79		Kapitalanteil Kommanditist		25.000,00		25.000,00
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	16.374.276,08	182.044,29	22.374.276,08	II. Rücklage		23.452.763,07		23.430.176,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					III. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-5.942.572,53		31.091,94
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	20.083,44		26.035,07				17.535.190,54		23.486.267,94
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (Vj.: EUR 0,00)					B. RÜCKSTELLUNGEN				
2. Sonstige Vermögensgegenstände	425,87		427,39		Sonstige Rückstellungen		11.400,00		15.000,00
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (Vj.: EUR 0,00)		20.509,31		26.462,46	C. VERBINDLICHKEITEN				
III. Guthaben bei Kreditinstituten		1.162.494,80		1.163.111,08	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.911,26		5.662,32	
					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 3.911,26 (Vj.: EUR 4.838,59)				
					2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	1.926,68		632,41	
					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.926,68 (Vj.: EUR 632,41)				
					3. Sonstige Verbindlichkeiten	4.851,71		56.286,95	
					- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 4.851,71 (Vj.: EUR 56.286,95)				
					- davon aus Steuern: EUR 4.851,71 (Vj.: EUR 56.286,95)		10.689,65		62.581,68
		17.557.280,19		23.563.849,62			17.557.280,19		23.563.849,62

**Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG,
Halle (Saale)**

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006**

Gewinn- und Verlustrechnung

	2006	2005
	EUR	EUR
1. Erhöhung des Bestands an Grundstücken	0,00	2.627,10
2. Sonstige betriebliche Erträge	57.334,15	49.882,77
3. Materialaufwand Aufwendungen bzw. Einstandswerte der Grundstücke	0,00	11.035,50
4. Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Gesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	6.000.000,00	0,00
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	25.574,37	18.358,55
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26.871,87	52.414,71
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	44,27	0,00
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5.941.412,62	75.530,53
9. Sonstige Steuern	1.159,91	44.438,59
10. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-5.942.572,53	31.091,94

**Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet
Halle-Saalkreis mbH & Co. KG, Halle (Saale)**
**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006**

Anhang

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG, Halle (Saale), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006 wurde auf der Grundlage der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Handelsgesetzbuches erstellt. Für die Gliederung des Eigenkapitals gelten § 264a i. V. m. § 264c Abs. 2 HGB. Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des Gesellschaftsvertrags zu beachten. Die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG, Halle (Saale), ist eine kleine Personenhandelsgesellschaft i. S. d. § 264a Abs. 1 HGB.

Nach § 9 Nr. 3 des Gesellschaftsvertrags hat die Aufstellung des Jahresabschlusses in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des HGB für große Kapitalgesellschaften zu erfolgen.

Im Vorratsvermögen werden im Sinne von fertigen Erzeugnissen die zum Verkauf bestimmten Grundstücke ausgewiesen. Im Posten Materialaufwand werden statt Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe die Aufwendungen für Grundstücke ausgewiesen.

2. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Ansatz und die Bewertung der Vermögens- und Schuldposten erfolgte nach den Vorschriften des Handelsrechts und tragen den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung.

Die Bewertung der Vorräte erfolgte grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten. Die von der Stadt Halle eingelegten Grundstücke wurden zu Anschaffungskosten von Vergleichsgrundstücken bewertet.

Das Niederstwertprinzip wurde beachtet. Die Grundstücke unter den Vorräten wurden gemäß § 253 Abs. 3 HGB im Jahr 2002 sowie 2006 auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit dem Nominalwert bilanziert.

Die Guthaben bei Kreditinstituten sind mit dem Nennwert bilanziert.

In den Rückstellungen sind alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, wie sie nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

3. Angaben zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben zur Bilanz

Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich um Forderungen aus der Nutzungsüberlassung der Grundstücke (TEUR 20). Alle Forderungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Kapitaleinlage ist voll eingezahlt. Dabei handelt es sich um die Pflichteinlage des Kommanditisten. Diese wurde gemäß Gesellschaftsvertrag vom 23. November 2000 auf EUR 25.000,00 festgelegt.

Die vom Kommanditisten an die Gesellschaft geleisteten Zahlungen sowie die Einlage von Grundstücken über rd. 170 ha in Höhe von insgesamt TEUR 34.980 wurden auf dem Rücklagenkonto in Vorjahren passiviert. Nach Abzug der gemäß Gesellschafterbeschlüssen vorgenommenen Verrechnung der Jahresfehlbeträge bzw. Jahresüberschüsse aus den Geschäftsjahren 2000 bis 2005 sowie Entnahmen aus den Rücklagen im Jahr 2004 über TEUR 800 ergibt sich ein Rücklagenbestand zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 23.453.

Die Rückstellungen beinhalten Aufwendungen für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses 2006.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 4) und die sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR 5) haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Sicherungen durch Pfand oder ähnliche Rechte bestehen nicht. Verbindlichkeiten von EUR 1.926,68 bestehen gegenüber dem Komplementär.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von insgesamt TEUR 57 resultieren aus der Verpachtung der Grundstücke.

Die Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens wurden wegen Berücksichtigung der Entwicklung der Verwertungsmöglichkeiten der Grundstücke vorgenommen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Abschluss- und Prüfungskosten (TEUR 11) sowie Beratungsleistungen (TEUR 11).

4. Sonstige Pflichtangaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen bestanden zum 31. Dezember 2006 nicht.

Arbeitnehmer wurden nicht beschäftigt.

Mit Wirkung zum 11. August 2005 ist Herr Dieter Götte, Langenbogen, zum alleinigen Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, Halle (Saale), bestellt, die die Geschäftsführung der Gesellschaft wahrnimmt. Herr Götte ist Beteiligungsmanager bei der BMA BeteiligungsManagementAnstalt, Halle (Saale), Anstalt des öffentlichen Rechts.

Bezüge gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 HGB wurden der Komplementärin nicht gewährt. Auf die Angabe der Bezüge des Geschäftsführers der Komplementärin wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, Halle (Saale), ist persönlich haftende Gesellschafterin. Ihr Kapital beträgt EUR 25.000,00. Kommanditistin ist die Stadt Halle (Saale).

5. Ergebnisverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag von EUR 5.942.572,53 mit der Rücklage zu verrechnen.

Halle (Saale), den 29. Mai 2007

.....
Dieter Götte
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk

An die Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG, Halle (Saale), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

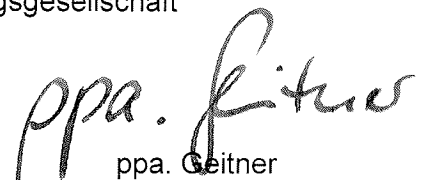
Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung und aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Leipzig, den 14. Juni 2007

BDO Deutsche Warentreuhand
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Künckeler
Wirtschaftsprüfer


ppa. Geitner
Wirtschaftsprüferin